

SZENARIEN

DER EINWANDERUNGSGESELLSCHAFT

4 | 2016

NACH DEM ANSCHLAG: WIE VERÄNDERT TERROR UNSERE GESELLSCHAFT?

1

SZENARIO 1

Zusammenhalt statt Zwiespalt.

Ein Blick in die Zukunft von *Larissa Meltem Ordu*

Seite 3

2

SZENARIO 2

Zwischen gesellschaftlichem Zusammenhalt und Ausgrenzung

Deutschland im Jahr 2026 von *Thomas Mücke*

Seite 6

3

SZENARIO 3

Wie eine Gesellschaft ihren Zusammenhalt verliert.

Eine Warnung aus der Zukunft von *Dr. Marwan Abou-Taam*

Seite 9



EINLEITUNG

Von Thilo Schöne, FES, Projekt „Die Praxis der Einwanderungsgesellschaft“

Auch in Deutschland spüren die Menschen seit einigen Jahren eine diffuse und inzwischen durchaus konkrete Angst vor Terror. Häufig wird dieser in der Öffentlichkeit mit Migration in Verbindung gebracht. In der Tat wurden die Anschläge in Ansbach und Würzburg von Menschen verübt, die als Flüchtlinge nach Deutschland eingereist waren. Denn dies ist die Strategie des Terrors: die Gesellschaft zu verunsichern, indem vorhandene Ängste vor bestimmten Gruppen genutzt werden. In der Vergangenheit konnte man nach einem Anschlag beobachten, dass die Politik die Sicherheitsgesetze verschärft, wodurch das Gleichgewicht zwischen Freiheit und Sicherheit nach jedem Vorfall erneut auf den Prüfstand gestellt wird.

Doch Geflüchtete und Migranten unter einen Generalverdacht zu stellen, verstärkt nur die Ausgrenzung ganzer gesellschaftlicher Gruppen und verringert tatsächlich die Sicherheit. Der verhinderte Anschlag von Jaber Albakr zeigt, dass Geflüchtete als Partner im Kampf gegen den Terror, vor dem sie fliehen, gewonnen werden müssen. Gleichzeitig sind bis zum heutigen Tage in Deutschland über 800 Angriffe auf Asylbewerberunterkünfte registriert. Diese Zahl zeigt, dass Gewalt auch von rechts ausgeht und unser Zusammenhalt an verschiedenen Stellen gefährdet ist.

Radikalisierung ist häufig ein Produkt sozialer Ausgrenzung und eines geringen Selbstwertgefühls. Ein politischer Ansatz, der auf eine verbesserte Sicherheitslage abzielt, muss also desintegrierte Teile unserer Gesellschaft – mit Migrationsgeschichte oder auch nicht – wieder sozial re-integrieren. Stärkere Repressionen und gesellschaftliche Ausgrenzungen erhöhen hingegen die Unsicherheit. Wie sich die deutsche Einwanderungsgesellschaft angesichts vorhandener terroristischer Bedrohungen und rechtsextremer Reaktionen entwickeln könnte in den nächsten zehn Jahren, zeigen die Szenarien dieser Publikation auf.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung eröffnet Ihnen mit dieser Publikationsreihe eine Perspektive, die wir im Alltag selten einnehmen: Debattenbeiträge aus der Zukunft. Heraus aus der Tagespolitik und den aktuellen gesellschaftlichen Diskussionen und hinein in zehn Jahre entfernte Visionen unseres Landes. Ein Blick in die Zukunft kann den Horizont erweitern für die möglichen Konsequenzen aktueller Politik und Alternativen aufzeigen. Aus der zukünftigen Perspektive heraus antworten die Debattenbeiträge auf die Fragen: Wie kann der Zusammen-

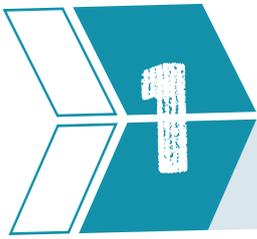
halt unserer Einwanderungsgesellschaft trotz Terrors und Rechtspopulismus gelingen? Inwiefern kann Politik die öffentlichen Diskurse beeinflussen? Wie kann Ausgrenzung gesellschaftlicher Gruppen vermieden werden nach einem Anschlag?

Darüber haben die Autorinnen und Autoren nachgedacht. Dr. Marwan Abou-Taam kommt aus der Praxis eines Sozialwissenschaftlers des Landeskriminalamts Rheinland-Pfalz, Thomas Mücke ist Geschäftsführer des Violence Prevention Networks e.V. und Larissa Meltem Ordu betrachtet die Debatte als freie Autorin aus einem deutsch-türkischem Blickwinkel.

Sie gehen in ihren Szenarien davon aus, dass größere Anschläge in Deutschland geschehen sind und diskutieren anhand der realen Beispiele in Frankreich, Norwegen und Großbritannien die Handlungsmöglichkeiten. Die Autor_innen zeigen auf, wie unterschiedlich darauf im Kontext der deutschen Einwanderungsgesellschaft reagiert werden könnte. Larissa Meltem Ordu beschreibt ein „Jetzt-erst-recht“-Szenario, in dem nach einem Anschlag Wert auf den Zusammenhalt einer offenen Gesellschaft gelegt wird und größere Integrationsanstrengungen unternommen werden. Thomas Mücke zeichnet ein stärker polarisiertes Deutschland zwischen privat gesicherten Stadtteilen privilegierter Bürger_innen auf der einen Seite und einem größeren Augenmerk der Gesellschaft auf gelingende Integration, De-Radikalisierung und Präventionsarbeit auf der anderen Seite. Dr. Marwan Abou-Taam warnt in seinem Zukunftsszenario davor, dass eine Gesellschaft nach einem Anschlag auch ihren Zusammenhalt und ihr Maß verlieren kann. Er beschreibt ein Deutschland, was angesichts zunehmender Repressionen und Verschärfungen der Sicherheitspolitik seine Werte verliert.

Diese Szenarien wurden in Workshops gemeinsam mit Expertinnen und Experten unter der Moderation von Planpolitik erarbeitet. Sie sind keine Träume, auch keine Wünsche, sondern anhand von gemeinsam identifizierten Grundannahmen ausgearbeitete Szenarien, die mögliche Entwicklungsstränge in Extremfällen zeichnen. Sie spiegeln nicht die persönlichen Meinungen der Autorinnen und Autoren oder der Friedrich-Ebert-Stiftung wider.

Wir hoffen, Ihnen mit der Lektüre dieses Hefts neue Denkanstöße geben zu können und auch Sie zu ermutigen, in Zukunftsszenarien zu denken.



SZENARIO 1

Zusammenhalt statt Zwiespalt. Ein Blick in die Zukunft

Von Larissa Meltem Ordu, freie Autorin mit deutsch-türkischem Blickwinkel

Das Haus, vor dem ich stehe, ist bunt gestrichen, so bunt wie seine Bewohner. Als ich an der Tür klinge, macht mir meine Freundin Yasmina Sabia (27) lächelnd auf. „Herzlich willkommen, Achlan wa sachlan, meine Liebe.“ Sie gibt mir ein paar Pantoffeln und winkt mich in die Küche, in der sie für uns Halawa, eine traditionelle arabische Süßspeise, und Chai bereitgestellt hat. Im Hintergrund ist orientalische Musik zu hören, das alles lässt mich beinahe den Ort des Treffens vergessen: Bautzen, eine Stadt, die vor allem durch rechtsextremistische Gewalttaten bekannt wurde. Yasmina stammt aus Syrien und lebt zusammen mit Jenny Reiser (25) aus Deutschland und Hassan Awan (19) aus Afghanistan in einer staatlich geförderten, interkulturellen Wohngemeinschaft. Wer hätte so ein Wohnmodell in dieser Gegend noch vor zehn Jahren für möglich gehalten?

Die tragischen Ereignisse des Sommers 2018 haben Deutschland verändert. Es war ein Sommer des Schreckens gewesen, der aber auch den Impuls zu einem politischen und gesellschaftlichen Umdenken gab. Drei Kämpfer für den sogenannten Islamischen Staat (IS) waren nach Deutschland zurückgekehrt und hatten in Hamburg ein Bombenattentat verübt, bei dem sehr viele Menschen starben. Bereits in den Jahren zuvor waren bei drei islamistischen Anschlägen mehrere Menschen ums Leben gekommen. Und auch die rechtsextremistische Untergrundszene hatte sich zunehmend professionalisiert. Während des Freitagsgebets in einer Berliner Moschee waren bei einem rechtsextremistischen Terrorangriff viele Gemeindeglieder gestorben. Neben muslimischen Gebetshäusern waren auch Asylbewerberheime und Menschen mit einer vermeintlich nicht-deutschen Herkunft immer häufiger Ziel rechter Gewalt geworden. Zwischen zwei menschenverachtenden Ideologien fragte sich die Mitte der Gesellschaft, wie diese Spirale der Gewalt jemals ein Ende finden könnte.

„Ich erinnere mich, wie nach dem Attentat der IS-Rückkehrer Pegida-Anhänger mit muslimfeindlichen Parolen zu Zehntausenden auf die Straßen zogen. Die AfD hat den Anschlag ebenfalls politisch ausgeschlachtet und damit Wähler mobilisiert,“ sagt Yasmina. Im Namen der rot-rot-grünen Regierung hatte der sozialdemokratische Bundeskanzler schnell reagiert und die Einheit Deutsch-

lands und das geteilte Leid beschworen: „Dieser schreckliche Anschlag trifft uns nicht als Angehörige einer Religion oder Ethnie, sondern als Menschen.“ Auch die Bundespräsidentin pflichtete ihm bei: „Nun gilt es erst recht, allen Mut zu sammeln und aufeinander zuzugehen. Nur gemeinsam können wir verhindern, dass sich so eine Tragödie wiederholt.“

Nicht nur diese klaren und deeskalierenden Worte seitens der Politik waren der Grund dafür, dass sich am Tag nach dem Anschlag Hunderttausende Bürger_innen in unzähligen Städten versammelten, um mit Kerzen ein Zeichen des Friedens zu setzen. Auch die Nachricht, dass zwei syrische Geflüchtete bei dem Versuch, den Anschlag zu verhindern, selbst Opfer der Terroristen wurden, bestimmte maßgeblich die Reaktionen. „Ich erinnere mich an die Fernsehübertragung einer Demo in Berlin, wo eine Million Menschen gegen Gewalt und Terror und für ein Deutschland der Solidarität und des Zusammenhalts auf die Straße gingen“, sagt Yasmina. „Auf den Plakaten stand „Humanity must win“, „Şiddete karşıyız“¹ und „Salām“². Diese Menschen haben den Rechtspopulisten die Deutungshoheit über diese schrecklichen Ereignisse entzogen.“ Obwohl Deutschland monatelang trauerte, verfielen die Politiker_innen nicht in Aktionismus. „Es wird weder einen Einsatz der Bundeswehr im Inneren geben, noch werden wir unsere Asylgesetze verschärfen und somit einer Gruppe von Menschen das Gefühl geben, sie seien kollektiv an einer grausamen Tat von Einzelnen schuld“, betonte die Sprecherin des Auswärtigen Amtes Sawzan Chebli. „Mehr Offenheit und mehr Demokratie – das muss die Devise sein. Die Angst ist kein guter Ratgeber!“

Um einer islamistischen Radikalisierung entgegenzuwirken, investierten die Bundesländer nicht nur verstärkt in Präventionsnetzwerke, sondern auch in religiöse Bildung. Mittlerweile gibt es in Deutschland 25 Lehrstühle für islamische Theologie. Das dort ausgebildete Personal ist in der deutschen Gesellschaft verwurzelt und löste die vom Ausland gesandten Imame und Religionslehrer ab. Eine Statistik aus dem vergangenen Jahr zeigt,

¹ Türkisch: Nein zu Gewalt

² Arabisch: Frieden



dass sich in den letzten fünf Jahren weitaus weniger Jugendliche radikalisiert haben als zuvor. „Meine Freundin Ayşe Ece ist Religionslehrerin an einem Gymnasium in Passau. Die Schüler sind dankbar, in ihr eine Vertrauens- und Ansprechperson zu haben,“ erzählt Yasmina. „Nach Abschluss des Studiums musste Ayşe aber erst einmal darum bangen, ob sie als Kopftuchträgerin ihrer Lehrtätigkeit nachgehen darf. Zum Glück ist das Kopftuch im öffentlichen Dienst nun seit ein paar Jahren in allen Ländern erlaubt.“ Die Aufhebung des Kopftuchverbots war ein starkes Zeichen dafür, dass der Islam ein Teil Deutschlands ist.

Auch zivilgesellschaftliche Organisationen setzten sich noch stärker für ein friedliches und tolerantes Miteinander ein. Yasminas interkulturelle Wohngemeinschaft, die ich mir für eine Reportage genauer anschauen, ist eines der vielen Projekte, die nach dem Attentat von 2018 angestoßen wurden. Zum Beispiel durch die Initiative „Bunter leben – besser leben“: Mit staatlichen Geldern sanierte die Organisation leer stehende Gebäude, vor allem in

Ostdeutschland, und vermietet diese zu erschwinglichen Preisen. Dabei wird darauf geachtet, dass die Bewohner möglichst bunt gemischt sind – unterschiedlich alt, unterschiedlicher Herkunft, unterschiedlicher Religion. „Das Ziel des Wohnprojekts ist es, alle abzuholen,“ betont Yasmina, „quasi Integrations- und Sozialpolitik in einem.“ Zivilgesellschaftlichen Initiativen dieser Art ist es zu verdanken, dass ein Raum für Begegnung entstand und rechtsextremistische Gewalttaten in den letzten Jahren merklich abnahmen. Während die AfD bei den sächsischen Landtagswahlen im Frühjahr 2019 noch die drittstärkste Partei war, konnte sie fünf Jahre später nur noch mit vier Sitzen ins Parlament einziehen.

Yasminas Mitbewohnerin Jenny betritt nun die Küche. Sie arbeitet ehrenamtlich bei einem kommunalen Träger, der Jugendarbeit für Aussteiger aus der rechten Szene leistet. Erst letzten Monat würdigte der grüne Innenminister Özcan Mutlu die Leistung des Präventionszentrums mit einem Besuch und sicherte ihm weitere Gelder zu. Dass Jenny einmal in einer interkulturellen Wohnge-

meinschaft leben würde, hätte sie früher nicht gedacht. Zu Zeiten des großen Anschlags besuchte sie noch die Mittelstufe im Bautzener Gymnasium und haderte mit ihrem sehr rechts geprägten Umfeld. „Damals wusste ich selbst nicht, was ich glauben sollte. Und ich hatte Angst, zur Außenseiterin zu werden,“ erinnert sie sich. Dann wurde sie aber auf eine vom sächsischen Kultusministerium geförderte „Kampagne gegen rechts“ aufmerksam und fand in einer multikulturellen Frauenfußballmannschaft Gleichgesinnte.

Zu ihrem älteren Bruder Jens hat Jenny jedoch keinen Kontakt mehr. „Seitdem ich mich vor vier Jahren dazu entschieden habe, in diese Wohngemeinschaft zu ziehen, weigert er sich, mit mir zu reden. Für ihn bin ich eine Vaterlandsverräterin und Muslimverstherin,“ erzählt Jenny. Sie hat verzweifelt versucht, ihn vom Gegenteil zu überzeugen – vergebens. Als sie ihn neulich über Facebook anschreiben wollte, war sein Profil gesperrt. Seit der Justizminister gesetzlich strenger gegen Hetze in den Medien vorgeht, sind private Unternehmen wie Facebook dazu verpflichtet, sich aktiv gegen „Hate Speech“ zu engagieren und Hetzer mit sofortiger Wirkung auszuschließen. Außerdem hat der Deutsche Presserat e.V. einen Onlinekodex verabschiedet, daher werden auch Blogs, Videos und Podcasts von freien Journalisten strenger auf ihren Inhalt hin überprüft. Durch eine Reform des Pressekodex können eine vorurteilsbeladene Berichterstattung und eine vorschnelle Verdachtsberichterstattung nun vom Presserat sanktioniert werden. Eine Tageszeitung musste 250.000 Euro Bußgeld zahlen, nachdem sie bei einem vermeintlichen Anschlag eine Falschnachricht in Umlauf gebracht hatte, wonach es mehrere Tote und Verletzte gegeben habe.

Traineeprogramme für Nachwuchsjournalisten führten außerdem dazu, dass mittlerweile jeder fünfte Journalist in Deutschland eine Einwanderungsgeschichte hat. Durch diese Neubesetzung der Redaktionen ist auch die Berichterstattung spürbar differenzierter geworden. „Und das prägt wiederum die öffentliche Meinung und baut Vorurteile ab,“ sagt Jenny, die gerade ihr Masterstudium in Medienpsychologie angefangen hat. Auch bei der Bildung und Erziehung spielt die interkulturelle Öffnung eine große Rolle. Im Gemeinschaftskundeunterricht wird nun die kulturelle Vielfalt der deutschen Einwanderungsgesellschaft mit den Schülern diskutiert. Neue Lehrmaterialien für den Geschichtsunterricht

schaffen ein Bewusstsein dafür, dass die westliche und islamische Welt schon seit Jahrhunderten miteinander in Berührung stehen und sich gegenseitig bereichern.

Dass gerade in der Schule Offenheit und Toleranz wichtig sind, weiß auch Hassan, der Dritte in der Wohngemeinschaft. Als unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter kam er 2015 aus Afghanistan nach Deutschland und hat vorletzte Woche erfolgreich seine Abiturprüfung abgelegt. „Hätte ich mich in der Schule unwohl gefühlt, hätte ich wohl kaum das Abitur geschafft. Zum Glück waren meine Lehrer und Klassenkameraden mir und den vier anderen Geflüchteten gegenüber sehr offen,“ erzählt er. Ein vom Bundesfamilienministerium unterstütztes Patenprogramm vermittelte Hassan vor sieben Jahren an eine Familie in Bautzen. „Meine Patenfamilie war eine der ersten, die an dem Programm teilgenommen hat. Sie wollten damit zeigen, dass Bautzen nicht nur rassistisch ist. Am Anfang wurden sie massiv angefeindet, von den Nachbarn, auf der Straße, beim Einkaufen. Mit der Zeit aber wurden sie zum Vorbild für viele andere Familien, die sich dem Programm angeschlossen haben.“

Während seine Patengeschwister nun für das Studium nach Dresden ziehen, möchte Hassan eine Ausbildung bei der Bautzener Polizei anfangen. „Ich komme aus einem Land, in dem staatliche Institutionen keinerlei Kontrolle mehr haben. Die deutsche Polizei beeindruckt mich sehr. Dank ihr fühlt sich die Bevölkerung sicher.“ Seine Chancen auf einen Ausbildungsplatz stehen gut, weil sich die Polizei mittlerweile durch eine Quotenregelung verpflichtet hat, mehr Menschen mit Einwanderungsgeschichte auf eine höhere Beamtenlaufbahn vorzubereiten. Auch in der Verwaltung und in Institutionen wie dem Deutschen Roten Kreuz oder der Feuerwehr hat heute jeder sechste Mensch eine Einwanderungsgeschichte. „Vor zehn Jahren wäre mein arabischer Name vielleicht noch ein Hindernis gewesen, heute steigert er meine Chancen auf einen Ausbildungsplatz,“ sagt Hassan.

Deutschland hat das tragische Ereignis von 2018 zu einem Wendepunkt seiner Geschichte gemacht. Anstatt auseinanderzudriften, bewegte sich die Gesellschaft aufeinander zu. So wich das Gefühl der Unsicherheit und Angst allmählich der Gewissheit, dass ein friedliches Miteinander für alle Beteiligten das Beste ist. Ein Beweis dafür ist, dass ideologisch motivierte Gewalttaten in den

letzten fünf Jahren kontinuierlich gesunken sind und populistische Bewegungen an Zulauf verloren haben.

Letzte Woche jährte sich der Tag des Anschlags zum achten Mal. In seiner Rede rief der jetzige Bundespräsident

Navid Kermani dazu auf, den eingeschlagenen Weg weiterzuverfolgen, und zitierte den berühmten türkischen Dichter Nazim Hikmet mit den Worten „Leben wie ein Baum, einzeln und frei, und brüderlich wie ein Wald, das ist unsere Sehnsucht.“



SZENARIO 2

Zwischen gesellschaftlichem Zusammenhalt und Ausgrenzung Deutschland im Jahr 2026

Von Thomas Mücke, Geschäftsführer des Violence Prevention Network e.V.

Es ist Sommer 2026. In Schöndorf nördlich von Berlin genießen die Menschen das sonnige Wetter in einer der zahlreichen Cafés dieser kleinen Gemeinde mit 15.000 Einwohnern. Die Berichte über Terrorgefahren und Anschläge berühren die Menschen hier nicht. Angstfrei kann man hier seinen Cappuccino trinken, denn hier leben Menschen mit viel Geld ganz unter sich. Einen beträchtlichen Teil ihres Geldes investieren die Bewohner in ein umfassendes privates Sicherheitsnetz. Schöndorf ist eine der privaten Festungen der sozial Privilegierten. Ohne Zugangskontrollen und Besuchserlaubnis kommt kein Mensch in diese Gemeinde. Nach dem letzten Autobombenanschlag mitten in Berlin vor drei Jahren wurde Schöndorf autofrei. Sein Auto muss der Einwohner am streng kontrollierten Gemeinderand abstellen, ein eigenes Fuhrunternehmen bringt die Schöndorfer dann an jeden gewünschten Ort. Es gibt viele kulturelle Veranstaltungen und Orte in Schöndorf, sodass sich die Bewohner den Weg in das urbane vielfältige Großstadtleben sparen können. Ihr soziales und kulturelles Leben spielt sich auf wenigen Quadratkilometern ab.

In Schöndorf hat man sich in jeder Hinsicht von der Außenwelt unabhängig gemacht. Eine eigene Stromversorgung gibt es schon seit Langem und im nächsten Jahr soll eine autarke Trinkwasserversorgung dazukommen. 600 Drohnen überwachen rund um die Uhr das Gemeindegebiet. Eine private Sicherheitsfirma sorgt dafür, dass hier kein Schritt unbeobachtet getan wird.

Diese Firma arbeitet seit sieben Jahren in Schöndorf, seit dem großen Anschlag in Hamburg. Damals forderten die Schöndorfer den Einsatz der Bundeswehr im Inneren. Aber das Bundesverfassungsgericht untersagte dies und so schufen sich die Schöndorfer ihre eigene private Armee – und nach jedem Anschlag wurde sie größer.

Sicherheit ist das zentrale Thema der letzten zehn Jahre. Deutschland bleibt im Fadenkreuz terroristischer Gruppierungen. Terroranschläge wurden sowohl von islamistischen wie auch von rechtsextremen Gruppierungen begangen. Die rechtspopulistischen Parteien haben sich inzwischen etabliert und dadurch sind die eindeutig rechtsextremen Parteien vollständig aus den Parlamenten verschwunden. Auch dies hat zu einem neuen Rechtsterrorismus geführt. Die meisten Bürger_innen akzeptieren die neuen Sicherheits- und Überwachungsmaßnahmen, auch wenn dadurch bürgerliche Freiheitsrechte eingeschränkt werden. Persönliche Daten sind nicht mehr durchgehend geschützt, eine flächendeckende Videoüberwachung ist heute normal. Das Bundesverfassungsgericht beschäftigt sich daher fortlaufend damit, die verfassungsrechtlichen Grenzen der nationalen Sicherheitspolitik aufzuzeigen.

Die Polizei hat heute deutlich mehr Aufgaben und auch mehr Personal. Aber im Gegensatz zu einigen anderen europäischen Ländern wurden die Sicherheitsorgane

nicht stark aufgebläht. Die Terroristen haben ihr Ziel also nicht erreicht: Deutschland wirtschaftlich zu schwächen, indem alle Investitionen nun in den Sicherheitsapparat fließen. Nur in Schöndorf tickt die Uhr anders. Die Angst hat viel Geld gebunden. Die Schöndorfer meiden die Öffentlichkeit und ungesicherte Orte. Ihre Haltung ist: „Wenn wir unter uns bleiben, sind wir am besten geschützt“. Zu einer offenen und vielfältigen Gesellschaft haben die Schöndorfer schon seit Jahren keinen Bezug mehr. Auch nicht ihre Kinder, die ausschließlich in private Schulen gehen.

Dabei hat sich außerhalb von Schöndorf auch einiges zum Positiven verändert. Viele Menschen sind politischer geworden und haben zudem gelernt, mit Ängsten umzugehen und darüber zu reden. Und Menschen mit unterschiedlichen kulturellen Wurzeln begegnen sich nun intensiver und offener.

Nach den terroristischen Anschlägen von 2019 wurde ein Integrations- und Einwanderungsgesetz verabschiedet. Es kontrolliert die Einwanderung, enthält aber auch umfangreiche Integrationsangebote für Zugewanderte

und Flüchtlinge, damit viele von ihnen eine langfristige und gesicherte Perspektive in Deutschland erhalten. Hierzu wurden erhebliche Mittel für das Bildungssystem, den Arbeitsmarkt und den Wohnungsbau bereitgestellt. Die gelungene Integration der Zugewanderten trägt dazu bei, dass dafür genügend Geld in den öffentlichen Kassen vorhanden ist. Die Zuwanderung hat zudem die Überalterung der Gesellschaft verlangsamt, was ebenfalls die Sozialsysteme entlastet.

Die interkulturelle Kompetenz in staatlichen Institutionen ist deutlich gewachsen. Die Integrationsmaßnahmen werden von der Mehrheit der Bevölkerung befürwortet. Aber es gibt auch Widerstand, weil die sozialen Ungleichheiten geblieben sind und sich nur dank einer stabilen wirtschaftlichen Lage nicht weiter verschärft haben. So werden alle Integrationsmaßnahmen nach wie vor von kontroversen Debatten begleitet. Und jeder weitere Anschlag erhöht den Druck auf die Politik.

In der Bevölkerung gibt es heute ein breites Wissen über den Islam. Trotzdem stehen Teile der Bevölkerung dem Islam immer noch ablehnend gegenüber. Auch im



Alltag werden Muslime – trotz eines großen zivilgesellschaftlichen Engagements – immer wieder diskriminiert. Und zudem wird das Vertrauen der muslimischen Gemeinschaft in Gesellschaft und Staat durch rechtsterroristische Anschläge auf religiöse Einrichtungen immer wieder auf die Probe gestellt.

Viele muslimische Religionsgemeinschaften sind staatlich anerkannt und zeigen die Vielfalt des Islams. Seit 2019 werden zudem die Imame in Deutschland ausgebildet. Dadurch sank der ausländische Einfluss auf die Moscheegemeinden. Der innermuslimische Dialog hat sich inzwischen versachlicht, er ist von Kooperation statt von Konkurrenz geprägt. Dies zeigt, dass die staatliche Anerkennung zu einer Professionalisierung innerhalb der muslimischen Gemeinschaft beigetragen hat. Es gibt auch einen intensiven interreligiösen Dialog zwischen den Glaubensrichtungen, der hat unter anderem dazu geführt, dass verschiedene Religionsgemeinschaften seit 2021 einen gemeinsamen Religionsunterricht in der Schule durchführen. Deutschland ist also eine religionsoffene Gesellschaft geblieben. Der Staat misstraut den muslimischen Organisationen nicht länger, seit 2021 werden sie nicht mehr vom Verfassungsschutz beobachtet. Die Skepsis und die Ablehnung in Teilen der Bevölkerung sind dennoch geblieben.

Bereits im Jahre 2019 hat sich ein neuer Berufsstand entwickelt: die Präventions- und Deradikalisierungsarbeit zur Extremismusvermeidung. Die Beratungsangebote für Rechtsextremismus und religiös begründeten Extremismus wurden ausgebaut und sind nun gut vernetzt. Im gesamten Bildungssystem spielen heute Prävention, Demokratieerziehung und Wertevermittlung eine zentrale Rolle. Für extremistische Organisationen ist es dadurch deutlich schwieriger geworden, in den jüngeren Altersgruppen zu rekrutieren. Sie konzentrieren sich daher vermehrt auf andere Altersgruppen und privilegierte Schichten. 2026 gibt es nur noch vereinzelt Ausreisen in terroristische Kampfgebiete.

Die politischen Machtverhältnisse haben sich in den letzten zehn Jahren kaum geändert. Die rechtspopulistischen Parteien sind seit 2016 mit rund 15 Prozent im Bundestag vertreten, finden aber keine Koalitionspartner. Nach Anschlägen steigt ihre Zustimmung sprunghaft an, sinkt dann aber wieder. Die demokratischen Parteien haben auch in Zeiten von Terroranschlägen

eine klare Mehrheit im Bundestag, in einigen Länderparlamenten kam es bisweilen zu ungewöhnlichen Koalitionen (CDU, SPD, Grüne, Linke), um Rechtspopulisten abzuwehren. Die demokratischen Parteien haben in den letzten zehn Jahren bewusst keine rechtspopulistischen Inhalte in ihre Programme aufgenommen. Die Rechtspopulisten sind also weiterhin isoliert.

Hauptaufgabe der Politik ist es, eine weitere gesellschaftliche Polarisierung zu verhindern. Die Terroranschläge waren ein Weckruf. Seither steht die soziale Integration im Fokus der Politik. Die demokratischen Parteien verteidigen – mit Unterstützung aus der Zivilgesellschaft – die demokratischen Grundrechte, gerade weil diese für einen Teil der Bevölkerung nicht mehr so wichtig erscheinen. Die ständige Bedrohung durch Terroranschläge hat die Politik in allen Bereichen aktiviert, sie befindet sich nun in einem permanenten Aushandlungsprozess zwischen gesellschaftlichem Zusammenhalt und Ausgrenzung. Die Ängste und Verunsicherungen in der Bevölkerung sind geblieben. Die Politik und die Öffentlichkeit unterscheiden zwar klar zwischen Religion und Extremismus, aber in den sozialen Medien findet dies keinen Widerhall.

Deutschland geht 2026 in Europa immer noch einen eigenen Weg – auch mit der Wahl eines muslimisch bekennenden Bundespräsidenten. Andere wichtige europäische Länder haben sich durch die Terroranschläge eher für Abschottung und eine expansive Sicherheitspolitik entschieden – was zu wirtschaftlichen Krisen führte. Europa ist gespalten. Zudem ist keine der globalen Krisen gelöst, besonders der Nahe Osten ist völlig destabilisiert. Seit der Bundestagswahl im letzten Jahr hat ein Drittel der Kabinettsmitglieder außenpolitische Aufgaben, weil die Konflikte global gelöst werden müssen.

Aber das scheint keinen in Schöndorf zu berühren. Globales Denken gibt es hier nicht. Alles Fremde wird als Bedrohung wahrgenommen. Die Gemeindeverwaltung hat gestern beschlossen, die Friedhofsgebühren auf 15.000 Euro je Jahr zu erhöhen. Denn nur die Vermögenden sollen nach Schöndorf kommen und hier sterben dürfen. Auch im Tod darf man unter sich bleiben. Und natürlich muss auch der Friedhof vor möglichen Anschlägen geschützt sein.



SZENARIO 3

Wie eine Gesellschaft ihren Zusammenhalt verliert.

Eine Warnung aus der Zukunft

Von Dr. Marwan Abou-Taam, Sozialwissenschaftler am Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz

Erneut versprach der Innenminister, den Terror mit allen Mitteln zu bekämpfen. Im März 2026 hatte sich ein Anhänger der Armee des Glaubens¹ mitten in der belebten Kölner Innenstadt in die Luft gesprengt. Der Attentäter hatte sein mit Sprengstoff vollgepacktes Fahrzeug in der Nähe eines Einkaufszentrums in die Luft gejagt. Viele Menschen starben.

Der saudische König bot den deutschen Sicherheitsbehörden jede erdenkliche Hilfe bei der Fahndung nach den Tätern an. Die islamische Bewegung Millî Görüş wies darauf hin, dass der Attentäter – wie bereits bei den Terroranschlägen in Izmir und Ankara – Angst und Schrecken verbreiten und die Gesellschaft spalten wollte. Der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime in Deutschland verurteilte das Attentat in Köln zwar aufs Schärfste, erwähnte jedoch auch, dass, solange Muslime diskriminiert werden, es zu solchen Anschlägen kommen werde. Das wurde von der Bundesregierung umgehend als unverschämte Provokation und Drohung zurückgewiesen. Der Bundespräsident, Mitglied einer rechtspopulistischen Partei, wurde in der Bildzeitung mit den Worten zitiert: „Wer sich in Deutschland nicht wohlfühlt, kann das Land verlassen.“

Direkt nach dem Blutbad in der Kölner Innenstadt verhängte die Bundesregierung den Notstand und befahl der Bundeswehr, sicherheitsrelevante Behörden und Institutionen zu schützen. Das Gesetz, das ein solches Vorgehen ermöglichte, war am 17. Oktober 2020 nach einem verheerenden Anschlag in Berlin verabschiedet worden. Diesen Terroranschlag, der vermeintlich von Islamisten verübt wurde, hatten damals rechte Gruppierungen als Anlass genutzt, um Jagd auf Muslime zu machen. Hunderte Moscheen brannten. Als Gegenreaktion verbrüderten sich Salafisten sowie Anhänger der

¹ In dem Vorbereitungsworkshop für die Publikation wurde lange diskutiert, ob der Anschlag islamistisch-religiös motiviert sein muss. Es wurde das Argument angeführt, dass ein rechter Terrorismus erfahrungsgemäß nicht zur Verschärfung von Sicherheitsgesetzen führen würde. Des Weiteren wurde argumentiert, dass die gesellschaftliche Polarisierung nicht ganz so massiv wäre, wenn die Gewalt von Rechtsextremen ausginge.

Grauen Wölfe und lieferten sich mit Neonazis und Mitgliedern islamfeindlicher Gruppierungen blutige Straßenkämpfe. In der ganzen Republik entstanden Bürgerwehren, die Polizei war nicht mehr Herr der Lage. Erst mit einer massiven bundesweiten Militärpräsenz konnten die verfeindeten Gruppen getrennt werden. Da die Verhängung des Notstands unter anderem ein allgemeines Versammlungsverbot unter freiem Himmel beinhaltet, konnte die Lage einigermaßen beruhigt werden. Die Notstandsgesetze erlauben der Regierung auch die Verhängung von Ausgangssperren in bestimmten Zonen sowie die Inhaftierung von Personen – ohne vorherige strafrechtliche Verurteilung –, die die öffentliche Sicherheit gefährden könnten, sowie den Einsatz des Militärs im Inneren.

Innerhalb von Minuten war ganz Köln nach dem Anschlag im Ausnahmezustand. Das Militär patrouillierte in den Straßen und führte Hausdurchsuchungen durch. Hunderte Menschen wurden aus ihren Häusern geholt oder wurden plötzlich von Soldaten umzingelt. Längst haben sich die Menschen an bewaffnete Soldaten und militärische Checkpoints im Straßenbild gewöhnt. Nur Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten protestieren noch regelmäßig mit Sit-ins vor militärischen Einrichtungen gegen die Notstandsgesetze. Da es immer wieder zu Gewaltausbrüchen kam, sind die Notstandsgesetze immer noch in Kraft. Der EU-Menschenrechtskommissar mahnte die Bundesregierung mehrmals, die Menschenrechte auch im Rahmen des Kampfes gegen den Terrorismus zu beachten.

Deutschland kommt nicht zur Ruhe: trotz einer massiven Verschärfung der Sicherheitsgesetze und größerer Kompetenzen der Sicherheitsbehörden. Es war der zweite schwere Anschlag in Deutschland innerhalb von einem Jahr. Wie nach jedem Attentat fordern Politiker, die Außengrenzen zu verstärken und Grenzüberschreitungen schärfer zu überwachen. Wutbürger skandierten auch gestern wieder vor Sammelunterkünften für Flüchtlinge: „Wir sind das Volk“. Obwohl sich die EU verbarrikadiert hat und kaum Flüchtlinge in Deutschland ankommen, werden die wenigen Geflüchteten angefeindet und für die soziale Schieflage in Deutsch-

land verantwortlich gemacht. Dabei sind die Probleme hausgemacht.

In den vergangenen Jahren nahm die Islamfeindlichkeit deutlich zu. Der Kommunikationswissenschaftler Kai Hafez kritisierte immer wieder das sogenannte Agenda-Setting. Er zeigte auf, dass Berichte über Themen mit Islambezug fast immer negativ gefärbt sind. Damit tragen die Medien zu einer sozialen Hysterie bei, die die Gesellschaft kolossal spaltet. Diese Spaltung wird aber auch von den salafistischen Muslimen verstärkt, welche die Deutungshoheit über den Islam für sich beanspruchen. Obwohl die Mehrheit der in Deutschland lebenden Muslime nach wie vor friedliebend ist, schafft sie es nicht, die Extremisten in den eigenen Reihen zu isolieren. Der extremistische Salafismus ist seit Jahren die am schnellsten wachsende islamistische Bewegung in Deutschland, die vor allem junge Menschen anzieht. Das Internet spielt dabei eine besondere Rolle. Das Phänomen bewegt die Öffentlichkeit, dominiert die Medien und stellt Jugendhilfe, Schule, Sozialarbeit wie auch die Polizei vor komplexe Herausforderungen. Denen sie aber nicht gewachsen sind. Die Muslime in Deutsch-

land werden nach wie vor diskriminiert und grenzen sich ihrerseits von der deutschen Gesellschaft ab und identifizieren sich mit der Herkunftsgesellschaft ihrer Eltern oder Großeltern. Der deutschen Gesellschaft ist es nicht gelungen, den muslimischen Jugendlichen eine Identität, ein Zugehörigkeitsgefühl und Sinn zu vermitteln. Das Land musste erkennen, dass die Verteufelung der Muslime genauso gefährlich für die innere Sicherheit ist wie die Ausbreitung einer militanten Islaminterpretation.

Bundeskanzlerin Merkel versprach einst: „Wir schaffen das!“ Nein, wir haben es nicht geschafft. 20 Jahre Islamkonferenz trugen nicht zu Solidarisierung und zur Versachlichung der Debatte bei, vielmehr scheint die Republik in einer Populismusspirale gefangen zu sein. In einer aktuellen Umfrage des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung zum Verhältnis zwischen Deutschland und dem Islam gaben 79,8 % der Befragten an, dass der Islam nicht mit der Demokratie zu vereinen sei. Mehr als 80 % betrachten die Muslime als Gefahr für die innere Sicherheit. Die Leiterin des Berliner Instituts merkte an: „Die Lage ist



mehr als angespannt. Das Problem ist strukturell, denn die Gesellschaft driftet auseinander. Die muslimfeindliche Agitation ist in Deutschland allgemein akzeptiert und wird oft auch noch politisch legitimiert.“

Dabei warnen Forscher seit Jahrzehnten vor einer zunehmenden Polarisierung der Gesellschaft. Bereits im Juni 2012 veröffentlichte die Friedrich-Ebert-Stiftung eine Studie zur gesellschaftlichen Polarisierung in Deutschland, in der ein großer Handlungsbedarf in verschiedenen Feldern aufgezeigt wurde. Geschehe nichts, so warnte die Studie, so nehme die Solidarität in der Gesellschaft weiter ab und daraus könnten langfristige Konflikte entstehen. Auch die Bielefelder Forschungsgruppe um Andreas Zick weist seit Jahren darauf hin, dass eine gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zunimmt: abwertende und ausgrenzende Einstellungen gegenüber Menschen aufgrund der ihnen zugewiesenen Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe. In einem von der Bundeszentrale für politische Bildung veröffentlichten Beitrag aus dem Jahr 2015 stellten Beate Küpper und Andreas Zick fest: „Weitreichende Folgen von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit können aber auch sozialer Protest, Unruhen und Aufstände bis hin zum Bürgerkrieg sein, wenn diejenigen, die aus-

gegrenzt werden, sich nicht mehr länger ausgrenzen lassen wollen und mehr Gleichwertigkeit einfordern.“

Heute schreiben wir das Jahr 2026 und die Bielefelder Forscher haben Recht behalten. Deutschland hat sich geändert. Hass ist auf allen Seiten zu spüren. Er richtet sich gegen Personen, die als fremd oder anders deklariert werden. Rasse, Religion und ethnische Zugehörigkeit – daraus werden Feindbilder gemacht und sie werden als eine existenzielle Bedrohung empfunden. Diskriminierende Forderungen und Argumente, die anderen das Menschsein absprechen, sind in dieser Republik inzwischen salonfähig geworden. Die Akteure der politischen Ränder treiben – seit den ersten Wahlerfolgen der AfD im Jahr 2016 – die demokratische Mitte vor sich her, während die Mitte selbst handlungsunfähig und in sich zerstritten erscheint. Man hat den Eindruck, dass Demokraten und Menschenrechtler aufgegeben haben. Das demokratische, liberale, der Welt zugewandte Deutschland schafft sich 2026 Stück für Stück ab. Was übrig bleibt, ist ein einfältiges Deutschland, in dem die Würde des Menschen wohl doch antastbar ist. Es ist also höchste Zeit für die Verfassungspatrioten, aus ihrem Tiefschlaf zu erwachen!

DERADIKALISIERUNG

ist einerseits ein individueller Prozess, bei dem eine radikalisierte Person ihr Bekenntnis und Engagement für extremistische Denk- und Handlungsweisen – insbesondere die Befürwortung von Gewalt zur Durchsetzung ihrer Ziele – aufgibt. Andererseits beschreibt Deradikalisierung Maßnahmen, die darauf abzielen, Personen oder Gruppen dazu zu bewegen und sie dabei zu unterstützen, sich aus dem extremistischen Umfeld herauszulösen und extremistische Handlungen aufzugeben (Disengagement) sowie entsprechende Denkweisen abzulegen. Die beste Form der Deradikalisierung ist es, die jungen Menschen von der Demokratie zu überzeugen. Toleranz, Respekt gegenüber Andersdenken und ein ziviler Umgang mit Konflikten sind Kernkompetenzen in modernen Gesellschaften. Jungen Menschen muss verdeutlicht werden, dass diese einen guten Rahmen für ihre Selbstentfaltung bieten und mit der Religion in keinem Konflikt stehen. Muslim und Demokrat zu sein ist kein Widerspruch. Daher sollten Rollenzuschreibungen dekonstruiert und der Bürgerbegriff wieder mit Leben gefüllt werden, im Sinne einer verfassungsrechtlich garantierten Bürgerschaft. Dies kann natürlich nicht von der Politik angeordnet werden, vielmehr müssen zivilgesellschaftliche Kräfte den politischen Diskurs mitbestimmen und so eine Veränderung in der Gesellschaft bewirken.



IMPRESSUM

Herausgegeben von Thilo Schöne • Friedrich-Ebert-Stiftung, FORUM BERLIN
Projekt „Die Praxis der Einwanderungsgesellschaft“
www.fes-forumberlin.de/content/einwanderungsgesellschaft.php

Die Szenarien sind entstanden unter der Mitwirkung von Planpolitik, Michael Bader, Maria Beihof, Joelle Gerbrich, Pascal Goddemeier, Katharina Hübsch, Jasmin König, Jonas Lehnen, Martha Otwinowski, Annik Schepp, Tim Stegemann und Katharina Thanner.
Lektorat: Corina Alt

ISBN: 978-3-95861-669-1

© Friedrich-Ebert-Stiftung, FORUM BERLIN 2016 • Hiroshimastraße 17 • 10785 Berlin

Gestaltung: Heike Wächter, Berlin

Fotos: Heike Wächter (Titel, Szenario 1) • ChameleonsEye/Shutterstock.com (Szenario 2)
Joerg Huettenhoelscher/Shutterstock.com (Szenario 3)

Druck: Druckerei Brandt, Bonn • Gedruckt auf Recycling Papier
Bestellungen/Kontakt unter forum.aj@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung. Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.